

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden, Neudorfstr. 20. Druck- und Verlagsanstalt: Neudorfstr. 20. Preis für den Abnehmer: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M., durch d. Post bei täglicher Lieferung monatlich 4,75 M., vierteljährlich 13,75 M. Die 11paltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienangehörigen, Angehörigen unter 16 Jahren u. Wohnungsmäßig, 11paltige An- und Verkäufe 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Unverändliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 2 Pf.

Schriftleitung und Hauptverlag: Neudorfstr. 20/40. Druck u. Verlag von Neudorf & Neudorf in Dresden. Postfach-Nr. 19 205 Leipzig.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Blesch-Weinstuben
Prager Straße
Täglich: **Künstler-Konzert**
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

Möbel-Kelling Große Brüdergasse 39 gegenüber der Kirche — Tel. 20732
Braut-Ausstattungen
Einzel-Möbel zu jedem Preis in größter Auswahl.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Der Streit um die Entschädigungsfrage.

Wie wird gewählt? Was wird gewählt?

Frankreichs Ansprüche abgelehnt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 1. Juni. Obwohl nach der Konferenz in Ostbe von amtlicher Seite in Frankreich und durch Millerand selbst behauptet wurde, daß Übereinstimmung erzielt sei und Frankreichs Pläne angenommen wurden, woran die eingeweihten Kreise zweifeln, tritt jetzt die Wahrheit näher in die Erscheinung. Seitens der Regierung wird jetzt angegeben, daß Frankreich seinen Standpunkt in der Entschädigungsfrage nicht durchsetzen konnte und auch für die Konferenz in Spa sich die Aussichten noch in keiner Weise geändert haben. Es sind neue Verhandlungen notwendig, um bei England zu erreichen, daß es mit der französischen Auffassung Nüchternheit hält. Auffallend ist, daß auch die übrigen Verbündeten jetzt einen Schritt getan haben, um ihre Schuld an England so lange aufzuschieben, bis sie aus der deutschen Entschädigung getilgt werden können. Es wird hier vermutet, daß Frankreich die Triebfeder zu diesem Vorgehen gegen England gewesen ist, um England auch mit den übrigen Verbündeten in Konflikt zu bringen. Es haben in Paris Besprechungen zwischen Frankreich und den Vertretern der kleineren Nationen stattgefunden, um eventuell ein Zusammengehen in verschiedenen Fragen zu erreichen. Darauf wird auch das Gerücht zurückgeführt, daß Italien die Aufschubung der Konferenz in Spa gefordert habe.

Die Vertreter in Spa.

Rotterdam, 1. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die deutsche Regierung das belgische Auswärtige Amt verständigt, daß Deutschland in Spa durch Reichskanzler Müller und den Minister des Auswärtigen Dr. Brüder vertreten sein wird. Sie werden begleitet sein von 4 Ministerialdirektoren, 18 höheren Beamten und 7 niederen Beamten, außerdem von 3 Dolmetschern und 10 Maschinenführerinnen. Frankreich wird durch Millerand und Barthou, England durch Lloyd George und Lord Curzon vertreten sein. Auf das Verlangen der italienischen Regierung nach einer Vertagung der Konferenz bis zum 7. Juli ist noch kein Beschluß gefaßt. Von Deutschland erwartet man einen abschließenden Beschluß. Die Meinung Englands ist noch nicht bekannt. Die Polen haben versucht, an der Konferenz teilzunehmen.

Krafftin bei Lloyd George.

Paris, 1. Juni. Lloyd George hat gestern den bolschewistischen Delegierten Krafftin empfangen. Man glaubt, daß diese Zusammenkunft vorigen Donnerstag vom Ministerialrat festgesetzt wurde und daß Millerand und Rittl gleichzeitig davon benachrichtigt wurden mit dem Ersuchen, einen politischen Vertreter zu dieser Unterredung zu entsenden. Die Antwort Millerands traf gestern früh aus Paris ein und wurde vom Vorkämpfer Cambon nachmittags dem englischen Premier übergeben, als die Unterredung zwischen ihm und Krafftin bereits im Gange war. Einer Neuder-Mitteilung zufolge befand der Inhalt dieser Antwort darin, daß Cambon nicht als französischer Vertreter bei den Unterredungen Krafftins mit amtlichen englischen Persönlichkeiten erscheinen werde. Diefelbe Haltung scheint auch Italien einzunehmen. Es war daher nach Neuder eine rein russisch-englische Konferenz, an der außer Lloyd George auch Bonar Law, Lord Curzon, der Handelsminister und der Unterstaatssekretär des Auswärtigen teilnahmen. Die amtliche englische Mitteilung beschränkt sich darauf, zu erklären, daß eine Vorbesprechung über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Westeuropa stattgefunden habe.

„Petit Parisien“ weis zu berichten, daß politische Vorgänge nicht erörtert wurden, daß sich Krafftin jeder Neuheuzung enthielt, die den Anschein erwecken könnte, daß seine Mission als politisch zu betrachten wäre. Er gab auch nicht den Wunsch kund, daß er seine Anwesenheit in London zu einer Anerkennung der Sowjetregierung benutzen wolle. Hinsichtlich der Hilfsquellen Rußlands machte er auf die großen Mengen von Getreide, Leder, Hanf und Petroleum aufmerksam, die angeblich in Rußland bereitliegen sollen. Lloyd George erklärte, daß er vor dem Beginn bindender Verhandlungen zwei Bedingungen stellen müsse: Rücksendung aller in Rußland weilenden englischen Gefangenen, ferner, daß Rußland die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen nicht benutzen dürfe, um im Ausland eine bolschewistische Propaganda zu betreiben.

men, doch auch darüber ist noch keine Entscheidung gefallen. Belgien ist für die Zulassung der Polen. Belgien wird durch drei Minister vertreten.

Poincarés Kampf gegen Spa.

Paris, 1. Juni. Poincaré legt in der „Revue des deux mondes“ seinen Kampf gegen die Forderung einer Pauschalsumme und gegen die Konferenz in Spa weiter fort. Er gibt zwar zu, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands heute niedriger ist, sie könne aber von Tag zu Tag stärker werden. Daher sei es verfehlt, heute darüber zu konferieren und jetzt schon eine Summe festzusetzen. Die Wiedergutmachungskommission muß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Jahr zu Jahr genau verfolgen. Poincaré ist der Meinung, die Konferenz von Spa sei nichts als ein gefährliches Abenteuer.

Millerand gegen die Gewerkschaften.

Genf, 1. Juni. „Journal du Peuple“ meldet: Die Sozialisten und die französischen Gewerkschaften haben bei Millerand die Ausübung gewerkschaftlicher Vertreter bei der Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung in Frankreich beantragt. Der Antrag ist von Millerand abgelehnt worden mit der Erklärung, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands bereits von den Alliierten endgültig entschieden worden sei und nur noch die Frage der von Deutschland zu gebenden Sicherheiten in Ordnung zu bringen sei.

Italiens Anteil an der Entschädigung.

Rom, 1. Juni. Die italienische Regierung will vor der Zusammenkunft in Spa ein neues Uebereinkommen mit den Alliierten über die Verteilung der deutschen Schadenersatzsumme herbeiführen, und zwar will Italien von den Alliierten die Zustimmung dafür erlangen, daß es mehr als ein Zehntel der Beträge, die Deutschland als Schadenersatzsumme zahlt, erhält. Dieser Anteil war ursprünglich festgesetzt, weil Italien der größte Teil der von Österreich und Ungarn zu zahlenden Entschädigungssumme erhalten sollte. Italien verlangt jetzt, daß sein Anteil an der deutschen Entschädigungssumme erhöht werde, bis Österreich und Ungarn die Entschädigungssumme zahlen können.

Ein französischer Vizepräsident?

Paris, 1. Juni. „Petit Journal“ versichert, daß in hohen politischen Kreisen die Frage einer Einberufung des Kongresses der Kammer aufgeworfen worden ist. Dieser Kongress würde eine Verfassungsänderung bewirken und namentlich die Stelle eines Vizepräsidenten zu schaffen haben. (W. T. B.)

Paris, 1. Juni. Präsident Deschanel wird heute im Gafec einem Ministerialrat vorstehen. (W. T. B.)

Die Kosten der Ententemissionen.

Berlin, 1. Juni. Der „Volks-Anz.“ bringt eine Zusammenstellung darüber, was uns die Ententemissionen kosten. Danach bezog der Generalpräsident bisher 228 000 Mark jährlich, jetzt infolge Erhöhung der Jahresentschädigung 342 000 Mark jährlich, ein Präsident der Ententekommission bisher 168 000 Mark, jetzt 252 000 Mark, ein Ententegeneral bisher 108 000 Mark, jetzt 252 000 Mark, ein fremder Oberst oder Oberleutnant bisher 50 000 Mark, jetzt 180 000 Mark, ein fremder Bataillonschef und Major bisher 84 000 Mark, jetzt 162 000 Mark, ein fremder Subalternoffizier bisher 78 000 Mark, jetzt 152 000 Mark, ein fremder Untenoffizier bisher 39 000 Mark, jetzt 69 000 Mark, und ein fremder Soldat schließlich bisher 24 000 Mark, jetzt 42 000 Mark. Ein französischer Soldat in Berlin bezieht also auf deutsche Kosten mehr Geld, als ein deutscher General oder Staatssekretär. (!) Aber damit nicht genug: Die Jahresbesätze der kommissionarischen Stellen lediglich Verpflegungsgelder betragen, und diese Herren empfangen außerdem noch Quartier und Gehalt. Das Quartier, z. B. für General Kollet, allein kostet uns jährlich etwa 144 000 Mark. So hoch vergrößert sich die Zimmerrechnung des Generals im Hotel Kaiserhof. Wir müssen lediglich für Hotelunterkünfte der Berliner Kommissionsmitglieder jährlich etwa 14 1/2 Millionen Mark bezahlen.

Die Viller Kriegsgerichte gegen deutsche Offiziere

Paris, 1. Juni. Wie Davos aus Lille meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen, Diebstahl und Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeklundigten würden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden General Sixt v. Armin und Oberst Blumenreuter. (W. T. B.)

Mahnung des Papstes zur Eintracht.

Rom, 31. Mai. Der Papst hat an den Erzbischof der ganzen Welt eine Enzyklika gerichtet, in der er alle Kinder der Kirche ermahnt, den vergangenen Streit zu vergessen und an dessen Stelle Eintracht und gegenseitige Liebe zu setzen. (W. T. B.)

Nicht weniger als 17 Reichswahlvorschlüge sind eingereicht worden. Das heißt, daß sich 17 Parteien bemühen, dem deutschen Volke die Leitung zu bringen. Sieht man von den sechs großen Parteien ab, zu denen noch die Kommunisten und Belken kommen, so finden wir eine ganze Anzahl von Gruppen und Gruppchen, die bisher kaum ans Licht getreten sind. Sie verdanken ihre Existenz wohl ebensowohl der deutschen Eigenbrüttelei, als dem neuen Wahlsystem, das die Minderheiten ganz anders zur Geltung kommen läßt als irgendein Wahlsystem zuvor. Bekanntlich soll auf je 60 000 für einen Wahlvorschlag abzugebene Stimmen ein Mandat entfallen. Die Reichskammern, die sich dabei ergeben, werden dem Leiter des Wahlkreisverbandes, der mehrere Wahlkreise umfaßt, mitgeteilt und werden für jede Partei addiert. So oft in dieser Summe die Zahl 60 000 enthalten ist, so viel Abgeordnetenstimme bekommt auch die einzelne Partei. Der hier verbleibende Rest kommt dem Reichswahlvorschlag der betreffenden Partei zugute. Der Reichswahlvorschlag nämlich zählt, wie es im Gesetz heißt, die in allen Wahlkreisen oder Wahlkreisverbänden auf die Reichswahlvorschläge gefallenen Reichskammern zusammen und teilt wieder jedem Reichswahlvorschlag auf je 60 000 Reichskammern einen Abgeordnetenstimme zu. Bleibt bei dieser Teilung noch ein Rest von über 30 000 Stimmen, so wird er 60 000 Stimmen gleichgesetzt. Es ist ganz klar, daß solche Rücksicht auf die Minderheiten zu einer unerwünschten Zersplitterung der Parteien führen kann. Die Arbeitsfähigkeit des Reichstags wird nicht erhöht, sondern durch eine große Anzahl kleiner Fraktionen beträchtlich gehemmt. Es wäre, um nur ein Beispiel zu erwähnen, nicht gerade erfreulich, wenn in einer Interpellationsdebatte statt bisher sechs fünfzig 12 oder mehr Fraktionsredner das Wort ergreifen. Mehr wird das dann so, daß die letzten Redner vor leeren Bänken sprechen und lediglich ihrer Wähler wegen eine Stunde lang das wiederholen, was vor ihnen schon zwei oder dreimal gesagt worden ist. Ein allzu häufiges Emporwachen einer großen Zahl von Interparteiern wird aber im Reichswahlgesetz durch die Bestimmung etwas unterbunden, daß dem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenstimme zugeweiht werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Dadurch wird verhindert, daß aus dem ganzen Reiche Gruppen und Gruppchen von Eigenbrütlern sich zummentum können, daß sie überall einige hundert oder tausend Reichskammern aufbringen und schließlich mit Hilfe der Reichswahlliste, auf der sich alle diese Reize vereinigen, einige Sitze erringen können. Aus der Bestimmung, daß auf je 60 000 für einen Wahlvorschlag abzugebene Stimmen ein Abgeordnetensitz entfällt, ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des neuen Reichstags von vornherein nicht feststeht. Sie hängt ab von der Wahlbeteiligung. Ist sie sehr hoch, so wird die neue Volksvertretung nahezu 500 Mitglieder zählen, ist sie schwach, dann wird der Reichstag nicht mehr Abgeordnete aufweisen als die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung zählte 429, der alte Reichstag 397 Abgeordnete. Das ist natürlich für die Wehrheitsbildung von Bedeutung und damit entscheidend für die Zusammensetzung der künftigen Regierung. Es ist mühsig, darüber heute Betrachtungen anzustellen, sicher ist jedoch, daß Deutschland auch in den nächsten Jahren eine Koalitionsregierung haben wird. Selbst wenn die Wehrheitssozialisten und die Unabhängigen im Reichstag unter einem Ort gebracht werden könnten, würden sie aller Voraussicht nach nicht stark genug sein, die Regierung zu bilden. Eine sozialistische Mehrheit des neuen Reichstags ist wenig wahrscheinlich. Scheidemann müßte also wiederum in den lauren Äpfel der Koalition beißen und eine bürgerliche Partei zur Mitarbeit heranziehen. Damit verlore er aber die Unterstützung der Unabhängigen, denen ja ihr Klassenkampf-Ideal und ihre Sehnsucht nach der Diktatur des Proletariats jede politische Zusammenarbeit mit dem Bürgertum unmöglich macht. Wie aber auch die künftige Regierung aussehen mag, welche von den verschiedenen Möglichkeiten schließlich zur Tatfache wird — kein Wähler sollte vergessen, daß er durch seine Stimmabgabe direkten Einfluß nimmt auf die Art der Regierungsbildung! Da nun erfahrungsgemäß die sozialistischen Parteien und auch ihr bürgerliches Anhängel in Gestalt der Demokraten selbst den letzten Mann und die letzte Frau zur Urne zu schleppen pflegen, ist es für die Anhänger der beiden Reichsparteien unabweisbare vaterländische Pflicht, das Wahlrecht auszuüben. Wahlmüdigkeit darf es nicht geben, sie wirkt in der heutigen Zeit unter dem Parlamentarismus und dem neuen Wahlsystem, in dem auch die Minderheiten nicht ausfallen, geradezu verhängnisvoll. Es ist schon auf Braunschweig hingewiesen worden. Dort haben die Unabhängigen nicht aus eigener Kraft den Sieg errungen, sondern lediglich dank der Unterstützung, die ihnen durch die große Partei der Reichswähler zuteil geworden ist. Diese Partei muß verschwinden und kann verschwinden, da es dem, der infolge von Krankheit oder Abwesenheit sein Wahlrecht in seinem Bezirk nicht ausüben kann, unbillig ist, durch